

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

### Geschäftsbericht 2004

#### Finanzpolitik

Strategisches Ziel	1. Durch Anpassung der Aufwandentwicklung an die Ertragssituation den mittelfristigen Ausgleich des Staatshaushaltes gewährleisten
Massnahme	Integrale und konsequente Umsetzung des Sanierungsprogramms 04
Stand	Weitgehend planmässig umgesetzt
Kommentar	Der Kantonsrat beriet Anfang Berichtsjahr den Bericht und Antrag des Regierungsrates über den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung (Sanierungsprogramm 04, SP 04) vom 17. September 2003. Dabei lehnte er ohne Kompensation fünf Einzelmassnahmen mit einem Umfang von insgesamt rund 110 Mio. Franken sowie die beantragte Steuerfusserhöhung ab. Gegen das vom Kantonsrat beschlossene Gesetz mit einem Sparpotenzial von insgesamt 220 Mio. Franken wurde das Referendum ergriffen, welches im September von den Stimmberechtigten mit einem Stimmenanteil von 51% knapp abgelehnt wurde. Die Sanierungsmassnahmen in der Kompetenz des Regierungsrates wurden bisher weitgehend planmässig umgesetzt. Die tatsächliche Entlastungswirkung der Massnahmen kann jedoch nur in der Rückschau abschliessend beurteilt werden.
Weiteres Vorgehen	Weil der im Finanzhaushaltsgesetz geforderte mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung für den Zeitraum 2001–2008 weiterhin deutlich verfehlt wurde, hat der Regierungsrat im November das Projekt Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht 06 (MH 06) beschlossen. Im Rahmen dieses Projektes werden für die Jahre 2006–2008 wirksame Entlastungsmassnahmen ausgearbeitet.
Massnahme	Wirksame Vertretung der Forderungen des Kantons Zürich bei der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)
Stand	Mehrheitlich erfüllt
Kommentar	Von den fünf Bedingungen, die der Kanton Zürich gegenüber der Botschaft des Bundesrates zur NFA vom 14. November 2001 erhoben hatte, sind drei im Verlauf der Beratungen in den Eidgenössischen Räten ganz oder weitgehend erfüllt worden.
Weiteres Vorgehen	Die Aussicht auf Erfüllung der ausstehenden Forderungen sind 2005 oder 2006 intakt.
Massnahme	Auf- und Ausbau des Leistungscontrollings
Stand	Pendent
Kommentar	Schwierigkeiten beim Umsetzen des Konzeptes haben zu einer grundsätzlichen Überprüfung des Verwaltungs- und Regierungscontrollings im Regierungsrat geführt. Darin wurde auch das Controlling in den Direktionen einbezogen. Zudem sind die personellen Ressourcen stark im SP 04 und im MH 06 engagiert.
Weiteres Vorgehen	Für das Frühjahr 2005 ist eine definitive Klärung im Regierungsrat vorgesehen.

Massnahme	Umsetzung des Controllings über Beteiligungen, Staatsbeiträge, Risiken und Substanzerhaltung gemäss Entwurf zum neuen Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG)
Stand	Auf Kurs
Kommentar	Im Rahmen der Vorbereitungen zur Umsetzung des CRG wurden erste konzeptionelle Entwürfe zur Regelung auf Verordnungsstufe gemacht.
Weiteres Vorgehen	Die eigentliche Umsetzung des Controllings sowie insbesondere die Regelung der Zuständigkeiten sind 2005 anzugehen.
Massnahme	Optimierung der Arbeitsprozesse und Senkung der Kosten bei der Steueranlagung und beim Steuerbezug durch eine zentrale Datenhaltung für Kanton und Gemeinden
Stand	Teiletappe erfüllt
Kommentar	Die Steuergesetzänderung (organisatorische und verfahrensrechtliche Bestimmungen) wurde Anfang der zweiten Hälfte des Berichtsjahres von der Regierung beschlossen (Vorlage 4193). Sie sieht neu neben den bisherigen Steuerregistern der Gemeindesteuerämter auch ein zentrales, kantonales Steuerregister vor und erlaubt der Finanzdirektion, Vorschriften über den elektronischen Datenaustausch zu erlassen.
Weiteres Vorgehen	Die Behandlung der Steuergesetzrevision findet im Kantonsrat voraussichtlich im Frühjahr 2005 statt. Die internen Arbeiten zur Umsetzung laufen planmässig weiter.
Massnahme	Evaluieren der Synergiepotenziale und Förderung von Synergien, z. B. durch Kooperationsprojekte zwischen Verwaltungseinheiten, auch interkantonal, sowie zwischen Verwaltung und Privaten
Stand	Laufend
Kommentar	In zahlreichen Bereichen sind vor allem in der Ostschweiz Harmonisierungen in Form von gemeinsamen Standards und Kennzahlen sowie gemeinsamen Formularen erreicht worden (z. B. in der Kantonsbaumeister-Konferenz oder in der privaten Kontrolle Energie).
Weiteres Vorgehen	In der privaten Kontrolle Energie wird eine gemeinsame Vollzugsstelle für die Kantone ZH, SG, AR, GL unter dem Dach von ZH geprüft.
Strategisches Ziel	2. Verschuldung um höchstens 25% anwachsen lassen
Massnahme	Verbesserung der Selbstfinanzierung durch Ertragsüberschüsse in der Laufenden Rechnung
Stand	Nicht erreichbar
Kommentar	Die beiden Sanierungsprogramme SP 04 und MH 06 sollen ab 2008 und folgende wieder Ertragsüberschüsse ermöglichen. Ein wichtiger Schritt dazu war die erfolgreiche Abstimmung am 26. September zum Gesetz über den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung.
Weiteres Vorgehen	Sanierungsprogramme führen erst längerfristig zu Ertragsüberschüssen, daher ist eine Realisierung von Ertragsüberschüssen vor dem Jahr 2008 unrealistisch. Im Mittelpunkt der nächsten Jahre steht die Einhaltung und Umsetzung der beiden Sanierungsprogramme.

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

Massnahme	Verminderung der geplanten Investitionsausgaben 2004–2007 (gemäss SP 04)
Stand	Laufend
Kommentar	Im Rahmen von MH 06 werden im Verlaufe des Jahres 2005 die geplanten Investitionsausgaben überprüft.
Weiteres Vorgehen	Umsetzung der beschlossenen Massnahmen im Rahmen des MH 06.
Strategisches Ziel	3. Einnahmeseitig weitere Ertragsausfälle (Steuern und Gebühren) vermeiden
Massnahme	Wirksame Vertretung des Verzichts auf den Seniorenabzug
Stand	Erledigt
Kommentar	In der Volksabstimmung vom 16. Mai wurde die Änderung des Steuergesetzes zur Wiedereinführung des Seniorenabzugs abgelehnt.
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Ablehnung der sich wiederholenden Forderungen nach Reduktion der (vergleichsweise moderaten) Notariats- und Grundbuchgebühren
Stand	Teilweise erreicht
Kommentar	Über eine parlamentarische Initiative (KR-Nr. 49/2003) reduzierte der Kantonsrat in der 1. Lesung entgegen dem Antrag des Regierungsrates die schon moderaten Grundbuchgebühren von 2,5 auf 1 Promille.
Weiteres Vorgehen	Die Vorlage ist der Gestaltungsmöglichkeit des Regierungsrates entzogen.
Massnahme	Verbessern des Marketings durch Intensivierung der Zusammenarbeit des Steueramtes mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit
Stand	Noch ausstehend
Kommentar	Eine intensivere Zusammenarbeit konnte im Laufe des Berichtsjahres noch nicht in Angriff genommen werden.
Weiteres Vorgehen	Diese ist seitens des Steueramtes erst nach der Standortkonzentration des Steueramtes auf Frühjahr 2006 möglich.

## Standortförderung

Strategisches Ziel	1. Einseitige Ausrichtung der Volkswirtschaft vermindern
Massnahme	Monitoring der Standortfaktoren für den Wirtschaftsraum Zürich
Stand	Wird laufend umgesetzt
Kommentar	Die Standortmonitoringberichte der Greater Zurich Area (GZA, Auftraggeber) und der CREDIT SUISSE (Auftragnehmer) liegen für 2003 und 2004 vor.
Weiteres Vorgehen	Der Bericht 2005 ist in Vorbereitung; er soll zunehmend grenzüberschreitend und auf die gesamte Schweiz ausgerichtet werden.
Massnahme	Schaffung von einfachen und raschen Verfahren zur Entlastung, insbesondere der bestehenden kleinen und mittleren Unternehmen, als Daueraufgabe
Stand	Teilweise umgesetzt
Kommentar	Mit der Nutzung der Internetplattform für Bewilligungsverfahren (Arbeitszeitbewilligungen, Arbeitsbewilligungen und Unternehmensgründung) wurden nachhaltige Vereinfachungen in die Wege geleitet. Im Baubereich sind Vorschläge für ein zentral geführtes, vereinfachtes Bewilligungsverfahren ausgearbeitet worden.
Weiteres Vorgehen	Die neue zentrale Baubewilligungseinheit soll ab Mitte 2005 starten.
Massnahme	Cluster-Projekte: Anstossen oder Bündeln von verschiedenen Initiativen mit dem Ziel, dass sich ähnlich ausgerichtete Firmen gegenseitig ergänzen und Synergien schaffen können
Stand	Zur Hälfte umgesetzt
Kommentar	Teil von Standortentwicklung und -marketing. Die Schwerpunkte Bio- und Medizinaltechnologie, Finanzdienstleistungen, Headquarters, Hightech and IT/New Media-Cluster sind weit fortgeschritten.
Weiteres Vorgehen	Der Cluster Headquarters könnte erweitert und ein neuer «Automobilzulieferer» gebildet werden; weitere Cluster sind in Abklärung.
Massnahme	Gründungsplattform zur Vereinfachung von Unternehmensgründungen durch Information, Vernetzung und Inpflichtnahme aller Partner
Stand	Vollständig umgesetzt
Kommentar	In Partnerschaft mit der Sozialversicherungsanstalt (SVA), dem Handelsregisteramt (HRA) und der Zürcher Kantonalbank (ZKB) wurde eine gemeinsame Internetseite «www.gruenden.ch» als Gründungsplattform eingerichtet.
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Stärkung von Innovation und Technologietransfer: Unterstützung von Initiativen, damit das Wissen, das an Hochschulen und Universitäten vorhanden ist, von Unternehmen wirtschaftlich genutzt werden kann.
Stand	Laufend

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

Kommentar	Es besteht eine enge Vernetzung durch den Einbezug der Universitäten und Fachhochschulen. Gemeinsame Projekte im Bereich der Bio- und Medizintechnologie und Unternehmensgründungen werden unterstützt sowie eine internationale Vernetzung von Technoparks im Rahmen eines EU-Projekts angestrebt. Die Gründung einer Stiftung «Zurich Orient Foundation» zur Suche von arabischen Kapitalgebern wurde in die Wege geleitet.
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Verstärkung des Engagements auf nationaler und internationaler Ebene für den Finanzplatz Schweiz
Stand	In Erarbeitung
Kommentar	Durch den Aufbau eines Clusters «Finanzdienstleistungen» erwartet man sich mehr Grundinformationen zum Finanzplatz Schweiz.
Weiteres Vorgehen	Es besteht ein Handlungsbedarf bei der Bildung, Weiterbildung und Forschung, da der Finanzplatz Zürich im Vergleich zu Konkurrenzstandorten an Produktivitäts- und Innovationskraft verliert.
Strategisches Ziel	2. Nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft fördern, attraktiven Lebensraum erhalten und natürliche Ressourcen schonen
Massnahme	Weitere Vermeidung der Umweltbelastung in Luft, Gewässern und durch Strahlungen
Stand	Die Massnahmen stossen an Grenzen.
Kommentar	Die Massnahmen sind zwar weit fortgeschritten, greifen aber ungenügend; Grenzwerte werden im Bereich Luft teilweise überschritten, bei der Nicht-ionisierenden Strahlung können sie noch eingehalten werden.
Weiteres Vorgehen	Die Massnahmenpläne zur Vermeidung von Folgeschäden aus der Umweltbelastung müssen ergänzt werden.
Massnahme	Erstellen eines Nachhaltigkeitsberichts als periodische Standortbestimmung für die strategische Planung
Stand	In Bearbeitung
Kommentar	Ein Vorgehensvorschlag zur Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts liegt vor.
Weiteres Vorgehen	2005 ist die Verantwortlichkeit für den Nachhaltigkeitsbericht noch zu klären. Ebenfalls ist er mit dem Bericht Standortpolitik abzustimmen.
Massnahme	Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung einer nachhaltigen Grünraumnutzung
Stand	Im Aufbau
Kommentar	Im Oktober startete in der Volkswirtschaftsdirektion in Zusammenarbeit mit der Bau- und der Gesundheitsdirektion sowie dem Zürcher Bauernverband das Projekt «Zukunftsfähige Landwirtschaft im Kanton Zürich». Ziel ist es, die Auflagedichte und die Kontrollmechanismen für die Landwirtschaft zu optimieren und wirkungsvolle Massnahmen zugunsten der Landwirtschaft zu prüfen. Andere Massnahmen, wie etwa die Strukturhilfe im Rahmen der Hochbausubventionierung, wurden durch das SP 04 eingeschränkt.
Weiteres Vorgehen	Es ist geplant, das Projekt bis Ende 2005 abzuschliessen; die Umsetzungsphase soll unmittelbar folgen.

Massnahme	Ausrichten der Siedlungsentwicklung schwerpunktmässig auf den öffentlichen Verkehr
Stand	Etappenziel weitgehend erfüllt
Kommentar	Die Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf den öffentlichen Verkehr erfolgt über den Verkehrsrichtplan (s. unten). Darin wurden konkrete Massnahmen zuhanden nachfolgender Planungen formuliert.
Weiteres Vorgehen	Laufende Betreuung und Aufsicht der regionalen und kommunalen Planungen
Massnahme	Massnahmepläne für die Bereiche Wasser, Energie und Luft als Grundlage für die Raumplanung
Stand	Wasser in Arbeit, Energie und Luft vorhanden
Kommentar	Im Bereich Wasser wurden die Pläne für zwei von zehn Einzugsgebieten fast fertig gestellt. Im Bereich Luft hat sich das Luft-Programm bewährt, doch es wird noch nicht konsequent umgesetzt. Vor allem im Verkehrsbereich ist ein Vollzugsdefizit festzustellen.
Weiteres Vorgehen	Für den Bereich Wasser ist das weitere Vorgehen durch die Vernehmlassung und Kommunikation der zwei erstellten Pläne sowie durch die Erarbeitung der anderen Pläne geprägt. Die Postulate des Luft-Programms sollten in die Verkehrs- und Parkraumplanung eingebaut werden.
Massnahme	Umweltbewusstes Verhalten der öffentlichen Hand
Stand	Laufende Bestrebung, schwierig zu quantifizieren
Kommentar	Umweltbewusstes Verhalten der öffentlichen Hand ist das Ergebnis einer Summe verschiedener Einzelmassnahmen. Schwerpunkte konnten in den Bereichen «ökologische Beschaffung» und «ökologisches Bauen» (Minergie-Standards) gesetzt werden. Das Potenzial ist aber nach wie vor beträchtlich und darüber hinaus ist es schwierig, passende Zielwerte zu definieren.
Weiteres Vorgehen	Es ist geplant, die Aktivitäten im Bereich «ökologische Beschaffung» weiterzuführen. Das «ökologische Bauen» soll im bisherigen Rahmen unterstützt werden. Es sind kontinuierliche Verbesserungen in Richtung umweltbewusstes Verhalten der öffentlichen Hand anzustreben.
Strategisches Ziel	3. Entlastungsräume entwickeln
Massnahme	Erarbeitung eines Konzepts Erholungs-, Lebens- und Wirtschaftsraum Albis/Sihltal/Zimmerberg
Stand	Entwurfsphase
Kommentar	Ein Entwurf zum Projektauftrag wurde per Ende des Berichtsjahres verwaltungsintern zur Hälfte fertig gestellt.
Weiteres Vorgehen	Konzept fertig stellen
Massnahme	Erarbeitung Vision Zürichsee 2050 (Erholung, Natur, Ökologie)
Stand	Entwurfsphase
Kommentar	Die Konzeptgrundlagen sind fast vollständig erstellt. Als Pilotprojekt ist der Zürichseeuferweg Richterswil–Wädenswil in Bearbeitung, der von den Gemeinden aktiv unterstützt wird.
Weiteres Vorgehen	Konzept fertig stellen

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

### Flughafenpolitik

Strategisches Ziel	1. Rahmenbedingungen für eine sowohl raum- und umweltverträgliche als auch wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Zürich schaffen
Massnahme	Schaffung klarer, kurz- und mittelfristiger Rahmenbedingungen und von Rechtssicherheit durch ein neues Betriebsreglement für den Flughafen Zürich
Stand	Laufend
Kommentar	Der Regierungsrat hat im September die Grundsätze seiner Flughafenpolitik konkretisiert und damit die politischen Vorgaben für weitere Aktivitäten formuliert (RRB Nr. 1407/2004). Der entsprechende Projektauftrag mit detailliertem Projektplan wurde im November beschlossen. Ebenfalls gab die Regierung Zustimmung zu den definitiven Routen im vorläufigen Betriebsreglement.
Weiteres Vorgehen	Das definitive Betriebsreglement wird im Rahmen des SIL-Prozesses in Zusammenarbeit mit dem Bund und unter Federführung der Flughafen Zürich AG (FZAG) erarbeitet (s. weiter unten).
Massnahme	Unterstützung des Bundes und der Flughafenpartner im Hinblick auf eine faire, diskriminierungsfreie Regelung für die Benützung des schweizerischen und des süddeutschen Luftraums
Stand	Laufend, ein wichtiger Schritt in der Unterstützung wurde abgeschlossen.
Kommentar	Die selber nicht klageberechtigte Volkswirtschaftsdirektion unterstützte die FZAG und den Bund bei deren gegen die einseitigen Festlegungen Deutschlands für die Benützung des süddeutschen Flugraums gerichteten Klagen beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg und beim Europäischen Gerichtshof.
Weiteres Vorgehen	Die Urteile der Gerichtshöfe sind 2005/2006 zu erwarten.
Massnahme	Schaffung transparenter Planungsgrundlagen für die langfristige Entwicklung der Flughafenregion und des Flughafens
Stand	Etappenziel erreicht
Kommentar	Mit dem Projekt RELIEF (RRB Nr. 1039/2004) wurden Lösungen skizziert, wie die Entwicklung der Flughafenregion und die Entwicklung des Flughafens langfristig aufeinander abgestimmt werden können. Im Vordergrund stehen Lösungsansätze, die eine Veränderung des Pistensystems zum Gegenstand haben. Im Dezember hat sich der Regierungsrat für die Einführung des gekröpften Nordanflugs nach Sicht ausgesprochen; per 31. Dezember wurde dem BAZL von der FZAG ein entsprechendes Gesuch zur Änderung des vorläufigen Betriebsreglements eingereicht.
Weiteres Vorgehen	Anfang 2005 werden diejenigen Elemente aus RELIEF vorgestellt, die der Regierungsrat vertieft prüfen lassen will. Der weitere Verlauf bezüglich Änderung des Betriebsreglements hängt vom Entscheid des BAZL ab.
Massnahme	Herstellung von Planungssicherheit durch Festlegung der langfristigen Entwicklungsperspektiven im kantonalen Richtplan und im Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL)

Stand	Bezeichnung der massgebenden Elemente
Kommentar	Der kantonale Richtplan und der SIL sind planungshierarchisch auf der gleichen Stufe anzusiedeln und müssen gegenseitig aufeinander abgestimmt werden. Der SIL-Prozess ist am 9. November neu begonnen worden; dem Kanton Zürich wird eine aktive Rolle zugestanden.
Weiteres Vorgehen	2005 finden die Grundlagenarbeiten für beide Verfahren statt. Es wird dabei sicherzustellen sein, dass die auf Grund der politischen Beurteilung prüfungswerten Ergebnisse aus dem Projekt RELIEF in das SIL-Verfahren, die kantonale Richtplanung und die Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes einfließen.
Massnahme	Suche von alternativen, nach Norden orientierten Anflugverfahren zur Verlagerung der durch die einseitigen deutschen Massnahmen verursachten zusätzlichen Ost- und neuen Südanflüge
Stand	–
Kommentar	S. oben
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Förderung der Bahn auf Verbindungen, auf denen sie gute Wettbewerbschancen dem Luftverkehr gegenüber besitzt
Stand	Laufende Bestrebungen, es konnte ein wichtiger Teilschritt erreicht werden.
Kommentar	Der Regierungsrat setzt sich im Rahmen der Hochgeschwindigkeitsverbindungs (HGV)-Botschaft bei der Erarbeitung und in den laufenden Verhandlungen im National- und Ständerat intensiv für die Interessen des Kantons Zürich ein. Die Strecke Zürich–Schaffhausen–Stuttgart wurde entgegen dem Vernehmlassungsentwurf in die Botschaft aufgenommen. Es besteht Hoffnung, dass auch der Ausbau Zürich–Flughafen–Winterthur mitfinanziert wird.
Weiteres Vorgehen	Weiteres Lobbying des Regierungsrates ist notwendig und vorgesehen.
<b>Strategisches Ziel</b>	<b>2. Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung des Flughafens</b>
Massnahme	Festlegung einer Eigentümerstrategie zur Werterhaltung der Beteiligungen des Kantons an der FZAG
Stand	Im Aufbau
Kommentar	Es liegen erste konzeptionelle Vorstellungen zu einer Eigentümerstrategie vor. Die detaillierte Umsetzung und Kommunikation der laufenden Arbeiten ist noch nicht erfolgt. Vor der Festlegung einer Eigentümerstrategie sind die verschiedenen bestehenden Risiken nochmals umfassend zu beurteilen.
Weiteres Vorgehen	Beurteilung der Risiken
Massnahme	Vertiefte Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen der Flughafenentwicklung und der gesamten Volkswirtschaft vor dem Hintergrund der weltweit vor sich gehenden Entwicklungen auf dem Luftverkehrsmarkt
Stand	Der grösste Teil der Untersuchung ist erledigt.
Kommentar	Die externen Untersuchungsergebnisse liegen im Entwurf vor.
Weiteres Vorgehen	Der Schlussbericht und die politische Interpretation werden im 1. Quartal 2005 abgeschlossen.



## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

Strategisches Ziel	3. Erweiterung des politischen Dialogs zur Abstützung der flughafenpolitischen Massnahmen innerhalb des Kantons und im Verhältnis mit Bund, Nachbarkantonen und süddeutschen Körperschaften
Massnahme	Überprüfung und gezielte Verbesserung der Funktionen und Strukturen des konsultativen Organs des Regierungsrates, runder Tisch Flughafen Zürich, in Zusammenarbeit mit den beteiligten Gemeinden und Institutionen
Stand	Neuorientierung infolge Scheiterns der Mediation
Kommentar	Das vom Bund, dem Kanton Zürich sowie der FZAG ausgeschriebene Mediationsverfahren ist im Berichtsjahr in der Vorbereitungsphase gescheitert. Damit ist diese Art konsensueller Lösungsfindung kein Thema mehr. Die konsultative Konferenz gemäss § 4 Flughafengesetz wird als Gremium für einen Informations- und Meinungsaustausch neu gestaltet.
Weiteres Vorgehen	Dem Informations- und Meinungsaustausch dienen in Zukunft die gesetzlich vorgesehenen politischen Entscheidungs- und Mitwirkungsverfahren (kant. Richtplan, SIL, konsultative Konferenz).
Massnahme	Förderung des politischen Dialogs im Verkehr mit Bund, Nachbarkantonen und süddeutschen Körperschaften mit geeigneten Organisationen und Verfahren
Stand	–
Kommentar	S. oben
Weiteres Vorgehen	Der politische Dialog mit Bund, Nachbarkantonen und Süddeutschland wird im SIL-Prozess erfolgen.
Massnahme	Breite Abstützung und professionelle Kommunikation der Massnahmen und Ergebnisse der Flughafenentwicklung und -planung
Stand	Laufend, in hohem Masse erfüllt
Kommentar	Im Rahmen der Umsetzung der Flughafenpolitik wurde ein Kommunikationskonzept Flughafen/Luftverkehr erstellt, was die politische Kommunikation der Ergebnisse deutlich verbessert hat. Die Massnahmen aus dem Kommunikationskonzept (z. B. Newsletter zur Flughafenpolitik) werden laufend umgesetzt.
Weiteres Vorgehen	–

## Infrastrukturpolitik

Strategisches Ziel	1. Die Erreichbarkeit innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich und die Vernetzung mit anderen Wirtschaftsräumen durch leistungsfähige, raum- und umweltverträgliche Verkehrssysteme sicherstellen
Massnahme	Entwicklung von regionalen Verkehrskonzepten mit Schwergewicht in den Agglomerationsräumen Zürich, Winterthur, Limmattal und Glattal sowie Erstellung von Realisierungs- und Finanzierungsplänen, die auf die Anforderungen der Agglomerationspolitik des Bundes abgestimmt sind
Stand	In Erarbeitung
Kommentar	Im Oktober legte der Regierungsrat die Strategie des Kantons Zürich für den Agglomerationsverkehr vor. Diese Strategie und die behördenverbindlichen Vorgaben der Richtpläne kantonaler und regionaler Stufe bilden den Rahmen für die regionalen Verkehrskonzepte, die gemäss Auftrag im Rahmen der Gesamtverkehrskonzeption (GVK) von 2003 in Zusammenarbeit mit den regionalen Planungsträgern spätestens bis Ende 2005 auszuarbeiten sind. Es wurden Konzeptentwürfe für die Agglomerationsräume Zürich, Winterthur, Glattal und Limmattal erarbeitet und ein Pilotprojekt zur gezielten Förderung und Sicherung von funktionsfähigen Zentren abgeschlossen.
Weiteres Vorgehen	Als nächste Schritte sind 2005 die Evaluation/Bereinigung der regionalen Verkehrskonzepte, der Synthesebericht und entsprechende Regierungsratsbeschlüsse vorgesehen.
Massnahme	Vorlage des Richtplans Verkehr
Stand	Erledigt
Kommentar	Im November hat der Regierungsrat dem Kantonsrat Bericht und Antrag zur Teilrevision des kantonalen Richtplans für den Bereich Verkehr erstattet (Vorlage 4222).
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Allgemeines Sicherstellen der Umweltverträglichkeit neuer Infrastrukturbauten über flankierende Massnahmen
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Die Umweltverträglichkeit wird im Rahmen der laufenden Aufgaben sichergestellt. Die Koordinationsstelle für Umweltverträglichkeit (KofU) ist zuständig für die Umweltverträglichkeitsverfahren, doch sie selbst beantragt nicht flankierende Massnahmen.
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Priorisierung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Verhältnismässigkeit und der Wirksamkeit; Übernahme von mindestens der Hälfte des künftigen Verkehrszuwachses
Stand	In Erarbeitung

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

Kommentar	Bisher waren die getroffenen Massnahmen auf Einzelfälle beschränkt. Voraussetzung für die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs ist die Implementierung der GVK ab 2006. Planungen zur regionalen Verkehrssteuerung (RVS) sind angelaufen (s. unten).
Weiteres Vorgehen	Ziele und Massnahmen werden im Rahmen der Implementierung der GVK und des Controllings ab 2006 festgelegt und verfolgt.
Massnahme	Umsetzung der Strategie Hochleistungsstrassen (HLS), insbesondere durch planerische Konkretisierung der Projekte Stadttunnel/Verkehr Zürich West, K10 und Umfahrung Winterthur und Oberland-Autobahn in Abstimmung mit der Sachplanung des Bundes und der Entwicklung von Agglomerationsprogrammen
Stand	Planerische Vorbereitungen weitgehend abgeschlossen
Kommentar	Die Anschlussarbeiten zur Strategie Hochleistungsstrassen (HLS) sind abgeschlossen und es konnten politische Entscheide erwirkt werden. Die Umsetzung der Strategie ist in die Revision des kantonalen Verkehrsrichtplans und in die Agglomerationsprogramme eingeflossen. Der Sachplan Verkehr auf Stufe Bund ist in Verzug, das Vorhaben ist jedoch angemeldet.
Weiteres Vorgehen	Ausgewählte Projekte wie Oberland-Autobahn und die Verkehrsbeeinflussungsanlagen Zürich Nord befinden sich bereits in der Projektierungsphase. Sobald der Richtplan Verkehr vom Kantonsrat beschlossen und der Sachplan Verkehr auf Stufe Bund verankert ist, werden weitere Projekte wie die K10, der Stadttunnel und die Umfahrung Winterthur ausgelöst. Der Zeithorizont erstreckt sich allerdings über die nächsten 25 Jahre.
Massnahme	Termingerechte Projektierung, Erstellung und Inbetriebnahme der grossen Investitionsvorhaben im Strassenverkehr: Westumfahrung von Zürich mit Üetlibergtunnel, N4 Knonaueramt, Ausbau der Nordumfahrung von Zürich
Stand	Im Plan
Kommentar	Alle Arbeiten an der Westumfahrung Zürich mit Üetlibergtunnel und an der N4 im Knonaueramt sowie am Ausbau der Nordumfahrung von Zürich liegen im Plan.
Weiteres Vorgehen	Geplante Eröffnungen (frühest möglich): <ul style="list-style-type: none"> <li>– Üetlibergtunnel: 2008</li> <li>– N4 im Knonaueramt: 2010</li> <li>– Ausbau Nordumfahrung Zürich: 2012, ist jedoch vom Ablauf der Auflageverfahren abhängig</li> </ul>
Massnahme	Betriebliche Optimierung des Gesamtverkehrs durch Umsetzung des Konzepts «Integriertes Verkehrsmanagement» (IVM)
Stand	Planungsarbeiten im Gange, Umsetzungen im Glattal erfolgt
Kommentar	Das wichtigste Kernprodukt des IVM sind die regionalen Verkehrssteuerungen (RVS). Auf Grund der komplexen Fragestellung ist die interne Vorbereitungsphase intensiver als vorgesehen ausgefallen. Die RVS-Pilotgebiete im mittleren Glattal werden bereits umgesetzt oder befinden sich in der Projektierungsphase.

Weiteres Vorgehen	Die Planungen zu den drei RVS-Räumen (Glattal, Limmattal und Winterthur) starten im Sommer 2005. Zusätzlich wird das Leitbild Verkehrsmanagement Zürich als Konkretisierung der IVM-Handlungsgrundsätze erstellt.
Massnahme	Wahrung der Interessen des Kantons Zürich in den nationalen Projekten Bahn 2000 2. Etappe, NEAT und Anschluss ans europäische Hochleistungsnetz der Eisenbahnen
Stand	Anspruchsvoll, z. T. erfüllt
Kommentar	Höchste Priorität genießt die fristgerechte Verwirklichung des neuen unterirdischen Durchgangsbahnhofs Löwenstrasse. Dies wurde dem Bund gegenüber verschiedentlich ausgedrückt. Der Kanton Zürich darf auf Grund seiner klaren Zustimmung zur NFA erwarten, dass diese Solidarität im Falle des Durchgangsbahnhofs erwidert wird. Die Planungen zur 2. Etappe von Bahn 2000 wurden vom Bund wegen Finanzknappheit gestoppt. Eine Einflussnahme war nicht möglich. Bei der NEAT, Phase 2, wurde der Zimmerbergbasistunnel herausgelöst und zeitlich verschoben. Der vom Volk beschlossene Zimmerbergtunnel wurde vom Bundesrat als weniger prioritär bezeichnet. Die Möglichkeiten der Einflussnahme des Kantons sind beschränkt. Zu HGV siehe Massnahme unter LS «Flughafenpolitik»
Weiteres Vorgehen	Weiterhin Beobachtung der Aktivitäten und allfälliges Vorstelligwerden beim Bund
Massnahme	Planung der weiteren Ausbauetappen der S-Bahn und von langfristigen Entwicklungsvorstellungen des öffentlichen Verkehrs im Agglomerationsbereich
Stand	Planungen sind sehr weit fortgeschritten und werden wie vorgesehen vorangetrieben.
Kommentar	Das Projekt S-Bahn 2012 (Angebot und Infrastrukturausbauten für den 2. Durchgangsbahnhof) ist fast abgeschlossen, die Finanzierung ist auf Grund der Sparmassnahmen des Bundes jedoch nicht gesichert.
Weiteres Vorgehen	Es sind Planungen abzuschliessen, Ausbauprojekte zu definieren und Kreditvorlage auszuarbeiten.
Massnahme	Termingerechte Projektierung, Erstellung und Inbetriebnahme der grossen Investitionsvorhaben im öffentlichen Verkehr: Durchgangsbahnhof Löwenstrasse, 3. Teilergänzung S-Bahn und Glattalbahn
Stand	Planmässige Durchführung
Kommentar	Die Projekte verlaufen termingerecht und innerhalb des vorgesehenen Kostenrahmens. Die Finanzierung des Bundesanteils für den 2. Durchgangsbahnhof konnte noch nicht gesichert werden, was zu einer dreijährigen Verzögerung führen könnte.
Weiteres Vorgehen	Die Finanzierung des 2. Durchgangsbahnhofs ist zu sichern (s. weiter oben).
Massnahme	Implementierung der Controlling-Instrumente und -Prozesse zur gezielten Umsetzung und periodischen Aktualisierung der Gesamtverkehrskonzeption
Stand	Testphase 1 wurde Ende Berichtsjahr ausgelöst.

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

Kommentar	Verschiedene klärungsbedürftige Probleme (Akzeptanz, Organisation) könnten die Umsetzung des Auftrags noch gefährden. Es besteht ein hoher Koordinationsaufwand.
Weiteres Vorgehen	Ab Mitte 2005 ist Testphase 2 und ab Mitte 2006 die Implementierung des Controllings vorgesehen.
Strategisches Ziel	2. Voraussetzungen für eine effiziente und langfristige Finanzierung von Betrieb und Unterhalt sowie der wichtigen Investitionen der Verkehrsträger schaffen
Massnahme	Entwicklung und Auswahl von langfristigen Optionen für die Verkehrsfinanzierung unter den sich ändernden Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene und unter Berücksichtigung der Sanierungsziele für den Staatshaushalt
Stand	Verschiedene Grundlagen wurden bereits erarbeitet.
Kommentar	Die Arbeiten erfolgen im Rahmen der Gesamtverkehrskonzeption. Dabei sind insbesondere die Auswirkungen der NFA und der Finanzierung des Agglomerationsverkehrs («dopo Avanti») zu berücksichtigen.
Weiteres Vorgehen	Grundlagenarbeiten zur Verkehrsfinanzierung erfolgen unter Federführung des Amtes für Verkehr (AFV) ab Januar 2005.
Massnahme	Sicherung der bewährten Finanzierung des öffentlichen Verkehrs unter den Bedingungen der NFA und der Bahnreform II
Stand	Laufende Anstrengungen
Kommentar	Die Bahnreform II ist vom Bundesrat noch nicht verabschiedet. Die Auswirkungen der NFA sind noch nicht klar. Es gilt die Ausführungsgesetzgebung abzuwarten, um zu sehen ob Handlungsbedarf gegeben ist.
Weiteres Vorgehen	Formelle und informelle Möglichkeiten der Einflussnahme des Kantons werden weiterhin wahrgenommen.
Strategisches Ziel	3. Sanierung von Altlasten und Schaffung der Voraussetzungen für das Flächenrecycling
Massnahme	Erstellen des Katasters der belasteten Standorte
Stand	Arbeiten erfolgen gemäss Projektplan
Kommentar	Die Durchführung ist stark von den personellen Ressourcen abhängig. Die kantonsinternen Arbeiten sind auf Kurs und geniessen gem. Umfrage eine hohe Akzeptanz.
Weiteres Vorgehen	Der Abschluss ist auf 2012 geplant.

## Soziale Sicherheit und Integration

Strategisches Ziel	1. Alle Bevölkerungsgruppen integrieren
Massnahme	Umsetzung der Behindertenpolitik gemäss Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes
Stand	Laufende Umsetzung
Kommentar	Der Regierungsrat hat am 26. November 2003 den Bericht zur Politik mit Behinderten vorgelegt. An der Sitzung vom 23. August hat der Kantonsrat dem Bericht unter Abschreibung des zu Grunde liegenden Postulats (KR-Nr. 279/2001) zugestimmt. Der Bericht bildet die Grundlage für die Tätigkeit aller Direktionen und Ämter. Mit der NFA geht die Finanzierung von Behinderteneinrichtungen vom Bund (IV) an den Kanton über, wobei bis 2011 eine Besitzstandgarantie gilt.
Weiteres Vorgehen	Im Zusammenhang mit der NFA sind die konzeptionellen und rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Aufgaben und die Finanzierung im Bereich Behinderteneinrichtungen vom Bund zu übernehmen. Ausstehend sind dabei allerdings noch die rechtlichen Vorgaben in den massgeblichen Gesetzen des Bundes.
Massnahme	Verstärkung der Interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen Sozialhilfebehörden, Berufsberatung, IV-Stellen und Regionalen Arbeitsvermittlungsstellen (IIZ)
Stand	Auf Kurs
Kommentar	Im gerade erwähnten Bericht hat der Regierungsrat seine Erwartungen an eine Verstärkung der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) formuliert. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) der Volkswirtschaftsdirektion wurde als kantonale Koordinationsstelle bezeichnet und arbeitet mit der Sozialversicherungsanstalt, dem Kantonalen Sozialamt, dem Amt für Jugend und Berufsberatung und zusätzlichen Fachpersonen zusammen. In einer Kerngruppe IIZ wird derzeit an neuen Konzepten, v.a. zur Früherkennung, gearbeitet. Ein Pilotprojekt MAMAC (Medizinisch-arbeitsmarktliches Assessment-Center) ist in Vorbereitung. Mit den im Dezember des Berichtsjahres verabschiedeten Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien) sollen noch vermehrt Anreize für die soziale und berufliche Wiedereingliederung geschaffen werden («Arbeit statt Fürsorge»).
Weiteres Vorgehen	Nächste Schritte beim Sozialhilfegesetz: <ul style="list-style-type: none"> <li>– Revision der Sozialhilfeverordnung (im Jahr 2005) als Grundlage für die Anwendung der SKOS-Richtlinien</li> <li>– Revision des Sozialhilfegesetzes (in den Jahren 2005–2006)</li> </ul>
Massnahme	Bekämpfung der verschiedenen Formen der Suchtproblematik unter Weiterführung der 4-Säulen-Politik
Stand	Daueraufgabe

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

Kommentar	Die Kommission für Suchtmittelfragen setzt sich auch unter den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen für die Beibehaltung der 4-Säulen-Politik (Prävention, Therapie, Überlebenshilfe, Repression) ein. Sie koordiniert und unterstützt die beteiligten Direktionen und Ämter bei der Umsetzung der Präventionsarbeit. Im September wurde das definitive «Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich» als Vorgabe für die kantonsweiten Tätigkeiten in diesem Bereich vorgelegt; es wird nun konsequent umgesetzt. So hat die erweiterte Sanitätskommission Ende Jahr mit «Bewegung, Ernährung, Entspannung» sowie «Betriebliche Gesundheitsförderung» die Thematik der ersten zwei Schwerpunktprogramme festgelegt. Für beide Themen wird ein Unterstützungsgesuch an die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz eingereicht. Vorschläge zur Suchtprävention in den Schulen werden weiter umgesetzt. Mit der Vorlage 4213 wurde das Postulat KR-Nr. 133/2001 betreffend Jugendschutz im Bereich Alkoholhandel und Alkoholkonsum sowie im Rahmen des Gesundheitsgesetzes eine Motion zum Verkaufsverbot von Tabakwaren an Jugendliche unter 16 Jahren beantwortet. Vorrangiges Ziel im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität ist der Kampf gegen den Handel mit harten Drogen. Dabei bedarf es der ständigen Präsenz und Repression durch die Strafverfolgungsbehörden.
Weiteres Vorgehen	Es ist geplant, in der ersten Jahreshälfte 2005 eine Kurzfassung des Konzepts zu erstellen. Zurzeit scheint eine weitgehende Umsetzung des Konzepts bis Anfang 2006 möglich.
Massnahme	Bildungspolitik: institutionalisierter Austausch zwischen Arbeitsmarkt-Beobachtung und Bildungsplanung, besonders im tertiären Bereich
Stand	Daueraufgabe, Strukturen sind definiert
Kommentar	Im Laufe des Berichtsjahres wurde ein Projekt zur institutionellen Zusammenarbeit gestartet und zur Hälfte umgesetzt. Zurzeit werden jedoch im Projekt keine weiteren Aktivitäten wahrgenommen.
Weiteres Vorgehen	Ein Alleingang des Kantons Zürich wird nicht als sinnvoll betrachtet.
Massnahme	Sicherung und Förderung der Sozialpartnerschaft
Stand	Pendent
Kommentar	Es besteht Klärungsbedarf bezüglich Inhalt, Stossrichtung und Verantwortung.
Weiteres Vorgehen	Zuständigkeit klären
Strategisches Ziel	2. Zur Erhaltung und Konsolidierung der Sozialwerke beitragen
Massnahme	Neuregelung des innerkantonalen sozialen Lastenausgleichs, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Belastung der Gemeinden mit Sozialaufgaben und -lasten
Stand	Bearbeitung im Rahmen des Projektes REFA Reform Zürcher Finanzausgleich

Kommentar	Das derzeit sitierte Projekt REFA soll erst nach der Abstimmung zum neuen Volksschulgesetz (Juni 2005) fortgesetzt werden auf Grund der Überlegung, dass diesbezügliche Refinanzierungsfragen nicht mit denjenigen des allgemeinen Finanz- und Lastenausgleichs verknüpft werden sollen.
Weiteres Vorgehen	Spezifische Auftragserteilung im Rahmen des REFA-Projektes nach dessen Wiederaufnahme
Massnahme	Sozialhilfe noch stärker darauf ausrichten, dass sie zur Rückkehr in die wirtschaftliche Selbstständigkeit führt
Stand	Planmässige Umsetzung
Kommentar	Im Dezember des Berichtsjahres wurden die geänderten SKOS-Richtlinien verabschiedet. Diese enthalten namentlich eine Verstärkung der Anreize zur Erwerbstätigkeit sowie der Missbrauchsbekämpfung. Der Kanton Zürich hat sich stark für diese neue Stossrichtung eingesetzt. Die Richtlinien sollen weiterhin einheitlich als Bemessungsgrundlage für die Sozialhilfe im Kanton Zürich dienen, wobei auf eine bestimmte Fassung abgestellt wird. Die Ausrichtung der Sozialhilfe liegt in der Zuständigkeit der Gemeinden. Deren Umfang (Fallzahlen) ist stark von exogenen Faktoren bestimmt (z. B. Arbeitsmarktlage).
Weiteres Vorgehen	Die neuen SKOS-Richtlinien müssen ab 1. Oktober 2005 in allen Gemeinden verbindlich zur Anwendung kommen. Vorgängig ist die Sozialhilfverordnung anzupassen. Die Ausbildung der 171 Zürcher Gemeinden muss entsprechend 2005 stattfinden.
Strategisches Ziel	3. Die medizinische Versorgung vor dem Hintergrund zunehmend knapper werdender Ressourcen sichern
Massnahme	Überprüfen der Leistungen, Strukturen, Standards und der Qualität zur nachhaltigen Umsetzung der Massnahmen des SP 04
Stand	Weitgehend erfüllt
Kommentar	Die für 2004 geplanten Massnahmen des SP 04 sind umgesetzt, mit Ausnahme der Klinik Hohenegg, bei welcher ein Entscheid des Bundesrates immer noch aussteht.
Weiteres Vorgehen	Umsetzung der Massnahmen gemäss Plan.
Massnahme	Verbesserung des Ressourceneinsatzes und Erhöhung der Kostentransparenz durch Verbesserung der Kostenträgerrechnung
Stand	Weitgehend erreicht
Kommentar	Die Kostenträgerrechnung für die somatische Akutversorgung ist eingeführt, mit Ausnahme des Universitätsspitals (USZ).
Weiteres Vorgehen	Einführung der Kostenträgerrechnung im USZ (2005) und in der Psychiatrie (2005–2006).



## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

### Interessenwahrung des Kantons Zürich

Strategisches Ziel	1. Einflussnahme auf Bundesebene stärken
Massnahme	Verstärkung des Engagements in der KdK wie auch in den Fachdirektorenkonferenzen
Stand	Laufend, mit neuen Akzenten
Kommentar	Im Laufe des Berichtsjahres übernahm Regierungsrat Dr. Markus Notter das Präsidium der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD). Bereits im Jahr 2003 übernahm die Volkswirtschaftsdirektion die Geschäftsstelle der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK). Mehrere Regierungsmitglieder sind in den Vorständen ihrer jeweiligen Regierungskonferenzen vertreten.
Weiteres Vorgehen	Die Begleitorganisation für die Bilateralen II sollte im Jahr 2005 operativ werden.
Massnahme	Vermehrte und intensivere Mitwirkung bei der Revision bzw. Schaffung von Bundesgesetzen
Stand	Im üblichen Rahmen
Kommentar	Besondere Akzente wurden im Berichtsjahr im Steuergesetzgebungsbereich des Bundes sowie bei der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und des Arbeitsgesetzes gesetzt. Interveniert wurde auch bei der Prämienverbilligung. Erzielt wurde eine finanzielle Beteiligung des Bundes an der Kostendynamik eines Sozialzieles. Die dabei initiierte Klarstellung der Kostenfolgen führte schliesslich zum Verzicht auf ein Sozialziel.
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Einflussnahme auf den Bund für eine griffige Migrationspolitik
Stand	Laufend
Kommentar	Die Einflussnahme auf den Bund ist ein ständiger Prozess: Es werden alle Möglichkeiten und Mittel genutzt, um präsent zu sein und die Anliegen des Kantons direkt vorzubringen. Dazu trägt auch ein jährlich erstellter Bericht an den Bund bei, welcher auf verstärkte Anstrengungen des Bundes bei seiner Vollzugsunterstützung (Papierbeschaffung usw.) hinwirken soll.
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Mitwirkung des Kantons in den Projektgruppen der NFA-Organisation des Bundes
Stand	Im Rahmen des Möglichen erreicht
Kommentar	Der Kanton Zürich ist in den folgenden drei Projektgruppen des Bundes vertreten: Agglomerationsverkehr, Verbesserung statistische Grundlagen ASG sowie Statistische Grundlagen Sozio-demografischer Lastenausgleich. Es konnte einiges bewirkt werden.
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Verstärkung der Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene

Stand	Punktuelle Verbesserungen
Kommentar	Im Laufe des Berichtsjahres wurde durch den Chef Finanzverwaltung das Präsidium für die Fachgruppe für kantonale Finanzfragen (FkF) übernommen. Der Chef des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) präsidiert den Verband Schweizerischer Arbeitsämter (VSA). Im Rahmen der Zürcher Verfassungsrevision nahm ein Vertreter des Bundes in die Redaktionskommission Einsitz. Es besteht eine enge Zusammenarbeit und die Vernetzung mit der Bundeskanzlei ist gut und aktiv.
Weiteres Vorgehen	Die Bildungsdirektion möchte mehr Personalkapazitäten in die allgemeine Verbesserung der Zusammenarbeit mit Bundesstellen stecken, was aber durch die Sanierungsprogramme SP 04 und MH 06 gefährdet ist. Es ist vorgesehen, dass sich der Kanton Zürich ab 2005 an der nationalen Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBIK) beteiligt.
Strategisches Ziel	2. Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, Regionen und grenznahen ausländischen Nachbarn verstärken
Massnahme	Stärkung der Greater Zurich Area
Stand	Laufend
Kommentar	Der Beitritt des Kantons AG ist in Vorbereitung, die Anfrage von Kanton TG in Bearbeitung.
Weiteres Vorgehen	Der Dialog mit der Wirtschaft muss intensiviert werden.
Massnahme	Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Kantonen
Stand	Z. T. erreicht, auf Grund mangelnder Ressourcen immer schwieriger
Kommentar	Die Bilanz ist durchzogen: Einerseits können gescheiterte Projekte (z. B. NAPPEDUV mit dem Kt. SG) die Zusammenarbeit zum Erliegen bringen. Andererseits sind zahlreiche Initiativen auf politischer (Direktorenkonferenzen-Ost) oder technischer Ebene angelaufen und der Kt. Zürich unternimmt eine Leistungserbringung für mehrere Kantone (etwa die Aufsicht im Konsumkreditwesen oder das Sekretariat für die Gesamtschweizerische Konferenz der Schlichtungsstellen). Oft fehlen aber auch die Ressourcen, die für eine verstärkte Zusammenarbeit notwendig wären.
Weiteres Vorgehen	Fortschreiten auch in kleinen Schritten: So wird z. B. im ersten Quartal 05 ein Austausch von Jugendlichen zwischen den Kantonen Zürich und Waadt zwecks Sprachförderung umgesetzt. Auch die bisher erfolglosen Bemühungen im Berichtsjahr, die Spitalliste für andere Kantone im grenznahen Bereich zu öffnen, werden wieder aufgenommen.
Massnahme	Gezielte aktive Mitwirkung in regionalen Regierungskonferenzen und interkantonalen Gremien (z. B. Linth-Kommission, Energiefachstellenkonferenz)
Stand	Courant normal

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

Kommentar	Die Direktion der Justiz und des Innern engagiert sich intensiv beim Vollzug des Nordostschweizer Strafvollzugkonkordats. Neben dessen Revision stehen derzeit u. a. Koordinationsfragen bei der Umsetzung der Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches im Vordergrund. Im Rahmen der Ostschweizer Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren, die sich u. a. auch mit der Mitwirkung der Kantone bei der Umsetzung der EU-Abkommen Schengen/Dublin befasst, wirken die beiden zuständigen Direktionsvorsteher mit. Trotz hohem Koordinationsaufwand arbeitet die Kantonsbaumeister-Konferenz Ostschweiz an der Erarbeitung von Standards und Kennwerten für Hochbauten. Es konnte eine gemeinsame Haltung erreicht werden.
Weiteres Vorgehen	Im Jahr 2005 sind die Standards und Kennwerte für Hochbauten zu vervollständigen.
Massnahme	Verstärkung der Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg auf Regierungs- und Verwaltungsebene
Stand	Laufend
Kommentar	Im September fand ein Treffen des Regierungsrates mit der Landesregierung von Baden-Württemberg statt. Dazu gab es Ministergespräche und ein Unternehmerforum.
Weiteres Vorgehen	Ein weiteres Forum und die Weiterführung der Ministergespräche sind für 2005 geplant.
Massnahme	Institutionalisierung eines Gesprächsforums mit dem Regionalverband Hochrhein-Bodensee
Stand	–
Kommentar	Wird im Rahmen der Raumordnungskonferenz (ROK) Bodensee verfolgt.
Weiteres Vorgehen	–
Strategisches Ziel	3. Europäische und weitere Integration vorausschauend angehen
Massnahme	Regelmässige Berichterstattung durch Koordinationsgremium für Europa- und grenzüberschreitende Fragen (KEGEF)
Stand	Laufend
Kommentar	Der Regierungsrat hat im März das KEGEF beauftragt, einen Bericht über die Vor- und Nachteile des EU-Beitritts gegenüber dem Weg des Bilateralismus aus der Sicht des Kantons Zürich zu erstellen. Dieses umfangreiche Werk konnte bis Ende Berichtsjahr fertig gestellt werden und wird im Laufe 2005 voraussichtlich in Buchform veröffentlicht.
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Aktives Verfolgen und Mitgestalten der landesgrenzüberschreitenden Raumentwicklung
Stand	–
Kommentar	Die landesgrenzüberschreitende Raumentwicklung ist durch die ROK Bodensee und Projekte in Interreg III gewährleistet.
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Gezielte aktive Mitwirkung in internationalen Gremien (z. B. Internationale Bodenseekonferenz, Internationale Kommission zum Schutz des Rheins)

Stand	Unterschiedlich, Mitwirkung in verschiedenen Gremien von aktiv bis gering
Kommentar	<p>Die Mitwirkung in Bereichen, in welchen der Kanton Zürich unmittelbar betroffen ist (z. B. Arbeitsgruppe Hochrhein, Internationale Kommission zum Schutz des Rheins, Internationale Bodenseekonferenz, Atomendlagerung), war aktiv und ausreichend. Dies konnte vor allem durch bilaterale persönliche Kontakte im operativen Bereich erreicht werden.</p> <p>In Bereichen der allgemeinen Interessenvertretung der Schweiz, z. B. in EU-relevanten Aktivitäten, war die Mitwirkung eher gering.</p>
Weiteres Vorgehen	Die Mitwirkung im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz dürfte sich 2005 mit Blick auf das Vorsitzjahr Zürichs 2006 noch verstärken.

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

### Bildung und Kultur

Strategisches Ziel	1. Volksschulreform abschliessen
Massnahme	Förderung der sozialen Integration in der Volksschule durch weiter gehende Tagesstrukturen, koordinierte Unterrichtszeiten (Blockzeiten) sowie Massnahmen für Schulen mit einem hohen Anteil Fremdsprachiger (QUIMS)
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Umsetzung dieser Massnahme wurde im neuen Volksschulgesetz verankert. Der Gesetzgebungsprozess ist auf Stufe Regierungsrat und Kantonsrat abgeschlossen.
Weiteres Vorgehen	2005 Volksabstimmung. Danach ist die Verankerung und der Ausbau des Gesetzes in allen Gemeinden des Kantons Zürich vorgesehen.
Massnahme	Umsetzen des Gesamtsprachenkonzepts mit der Förderung der deutschen Standardsprache und zwei Fremdsprachen in der Primarschule
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Umsetzung dieser Massnahme wurde ebenfalls im neuen Volksschulgesetz verankert.
Weiteres Vorgehen	S. oben
Massnahme	Durchführung eines Schulversuchs mit der Grundstufe
Stand	Auf Kurs
Kommentar	In verschiedenen Gemeinden des Kantons Zürich wurden Schulversuche mit der Grundstufe durchgeführt.
Weiteres Vorgehen	Die zweite Staffel der Durchführung von Schulversuchen wird 2005 gestartet.
Strategisches Ziel	2. Die Erklärung von Bologna im Hochschulbereich und die Reform der Zürcher Fachhochschule umsetzen
Massnahme	Universität und Zürcher Fachhochschule sollen bis 2010 gestufte Ausbildungsgänge mit Bachelor- und Masterstudiengängen einführen, deren Lehrgänge modularisiert sind.
Stand	Die Bologna-Reform ist in Umsetzung.
Kommentar	An der Zürcher Fachhochschule (ZFH) werden die ersten Bachelor-Studiengänge im 2005/06 starten. Per 2006/07 werden alle weiteren Studiengänge nach dem Bologna-Prinzip umgesetzt sein. Erste Masterstudiengänge sind 2008/09 geplant. An der Universität Zürich werden per 2006/07 alle Studiengänge durch das gestufte Studienprogramm nach dem Bologna-Modell ersetzt sein.
Weiteres Vorgehen	Die Umsetzung an beiden Hochschulen wird planmässig fortgesetzt.
Massnahme	Erbrachte und überprüfte Studienleistungen sollen zur Förderung der Mobilität mit international anerkannten Kreditpunkten (ECTS) versehen werden.
Stand	Das Kreditpunktesystem ist in der Umsetzungsphase.
Kommentar	Parallel zur oben erwähnten Einführung des Bologna-Modells an der ZFH und an der Universität Zürich wird auch ein Kreditpunktesystem (gemäss ECTS) eingeführt.

Weiteres Vorgehen	Die Einführung wird weiterhin planmässig fortgesetzt.
Massnahme	Schaffung von Fachhochschul-Kompetenzzentren (Centers of Excellence) mit Ausrichtung auf eine enge Partnerschaft mit der Universität und der ETH Zürich. Totalrevision des kantonalen Fachhochschulgesetzes, damit die Zürcher Fachhochschule mit eigener Rechtspersönlichkeit und modernen Führungsstrukturen ausgestaltet werden kann
Stand	Grundlagenerarbeitung abgeschlossen
Kommentar	Der Regierungsrat hat das Grobkonzept zur Totalrevision des Fachhochschulgesetzes beschlossen. In diesem Rahmen werden auch die strategischen Schwerpunkte der ZFH und ihrer Hochschulen überarbeitet.
Weiteres Vorgehen	Für Frühjahr 2005 ist die Vorlage eines Vernehmlassungsentwurfs vorgesehen; Antragstellung ist für Herbst 2005 geplant.
<b>Strategisches Ziel</b>	<b>3. Breites und hoch stehendes Kulturangebot im Kanton erhalten</b>
Massnahme	Verwirklichen des interkantonalen Lastenausgleichs im Kulturbereich (NFA)
Stand	Wesentliche Meilensteine erreicht
Kommentar	Die NFA ist von Volk und Ständen angenommen worden. Einen wesentlichen Pfeiler bildet die Interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich. Der Regierungsrat hat im Mai das Gesetz über den Beitritt zur interkantonalen Kulturlastenvereinbarung (LU, ZG, Schwyz, ZH) vorgelegt.
Weiteres Vorgehen	Die Zustimmungen in den Kantonen Zug und Schwyz stehen noch aus. Die Vernehmlassung des Bundes zur Umsetzung von Art. 69 BV (u. a. Kulturförderungsgesetz) ist auf Sommer 2005 angesetzt.
Massnahme	Umsetzung des kantonalen Kulturleitbildes
Stand	Verläuft planmässig
Kommentar	Ab 2005 konnten zusätzliche Filmförderungsmittel gesichert werden; die zuständige Filmstiftung ist bereits aktiv. Die Kulturförderung in der Landschaft konnte u. a. dank der Finanzierung der neuen Produktionsstätte des Theaters für den Kanton Zürich in Winterthur gestärkt werden.
Weiteres Vorgehen	Der Baubeginn ist für Frühling 2005 vorgesehen.
Massnahme	Förderung und Berücksichtigung hoch stehender Architektur
Stand	Durch SP 04 nicht mehr völlig realisierbar
Kommentar	Eine hohe architektonische Qualität kann nur durch Architekturwettbewerbe und eine breit abgestützte Wahl von Planern erreicht werden. Die personellen Ressourcen dazu fehlen teilweise auf Grund der Massnahmen im SP 04.
Weiteres Vorgehen	Weiterhin Konzentration Wettbewerbsausschreibungen auf wichtige Vorhaben, vereinfachte Verfahren soweit gemäss Submissionsvorschriften möglich
Massnahme	Erhaltung und Pflege von Kulturobjekten
Stand	Reduzierte Ausführung
Kommentar	Auch hier kann infolge Kürzung der Mittel im SP 04 der Auftrag zur Erhaltung und Pflege von Kulturobjekten nur reduziert wahrgenommen werden.
Weiteres Vorgehen	Es wird so weit wie möglich versucht, die politischen Vorgaben dennoch umzusetzen.

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

### Öffentliche Sicherheit

Strategisches Ziel	1. Objektive Sicherheit und subjektives Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gewährleisten
Massnahme	Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden
Stand	Ständiger Auftrag
Kommentar	Im Laufe des Berichtsjahres stimmte der Kantonsrat mit grosser Mehrheit dem Polizeiorgansiationsgesetz (POG) zu, das eine verbindliche Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen der Kantons-, Stadt- und Gemeindepolizei bietet. Bereits im Vorjahr 2003 stand der Kantonspolizei mit dem neu strukturierten Sicherheitspolizeilichen Einsatzdienst (SED) ein Einsatzelement zur Verfügung, welches die Gemeinden bedarfsgerecht und rasch unterstützen kann.
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Verstärkung der internationalen und interkantonalen Polizeizusammenarbeit
Stand	Ständiger Auftrag
Kommentar	Die kantonsübergreifende Polizeizusammenarbeit ist in Art. 29 POG neu wegweisend verankert. Eine Annahme des bilateralen Abkommens zu Schengen/Dublin würde die internationale Polizeizusammenarbeit zusätzlich verstärken.
Weiteres Vorgehen	Entsprechend begrüsst der Regierungsrat dieses bilaterale Abkommen, dessen Umsetzung nach der Annahme in einer allfälligen Volksabstimmung auch 2005 einen Schwerpunkt bilden dürfte.
Massnahme	Erhöhung der Verkehrssicherheit
Stand	Intensivierte Bemühungen in einer Daueraufgabe
Kommentar	Im Mittelpunkt stand hauptsächlich die Bekämpfung des Rasertums. Dazu wurden u. a. folgende Massnahmen ergriffen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Auf Risikogruppen ausgerichtete Präventionskampagnen</li> <li>- Geschwindigkeitskontrollen, technische Kontrollen der Fahrzeuge, vor allem auch nachts</li> <li>- gezielte administrative Massnahmen (Führerausweisentzug)</li> </ul>
Weiteres Vorgehen	Ein weiterer Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ist 2005 durch verschiedene Änderungen des Strassenverkehrsrechts auf Bundesebene zu erwarten (zum Beispiel Senkung der Alkohol-Promille-Grenze, Führerausweis auf Probe, Erhöhung der Mindestentzugsdauer bei schweren Widerhandlungen und Wiederholungstätern).

Strategisches Ziel	2. Strafverfahren koordinieren und optimieren
Massnahme	Volksabstimmung über Revision der Strafprozessgesetzgebung, Umsetzung der neuen Gesetzgebung ab Mitte 2004
Stand	Das neue Verfahrensrecht befindet sich in der operativen Umsetzung.
Kommentar	Am 30. November 2003 wurde in einer Volksabstimmung die Revision der Strafprozessgebung angenommen. Am 1. Januar 2005 ist das revidierte Strafverfahrensrecht in Kraft getreten, ebenso eine neue Organisationsverordnung für die Oberstaatsanwaltschaft und die Staatsanwaltschaften. Gestützt auf diese Grundlagen konnte die Regionalisierung der Staatsanwaltschaften (durch Zusammenzug mehrerer ehemaliger Bezirksanwaltschaften) teilweise bereits umgesetzt werden.
Weiteres Vorgehen	Im Zürcher Oberland soll auf Ende 2005 die geplante Regionalisierung abgeschlossen sein. Nach den Gesamterneuerungswahlen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ist für Sommer 2005 der Erlass einer Wahlfähigkeitsverordnung geplant, mit welcher die Qualität von Rekrutierungsverfahren gesichert werden soll.
Massnahme	Unterstützung der Effizienzvorlage des Bundes, insbesondere einer Zweigstelle der Strafverfolgungsorgane des Bundes im Grossraum Zürich; Planung, Zuständigkeitsabgrenzungen usw. frühzeitig mit Bundesanwaltschaft klären
Stand	Abschluss eines Operative Working Agreement (OWA)
Kommentar	Im Zentrum standen die Regelung der Zuständigkeiten, der Prozesse und der Zusammenarbeitsgrundsätze zur Steigerung von Effizienz und Effektivität.
Weiteres Vorgehen	Laufende Umsetzung der vereinbarten Zusammenarbeitsmassnahmen, insbesondere institutionalisierter Informationsaustausch
Strategisches Ziel	3. Die Bewältigung ausserordentlicher Lagen im Kanton Zürich sicherstellen
Massnahme	Erarbeitung eines umfassenden Konzeptes zur Bewältigung ausserordentlicher Lagen, Schaffung eines Risikocontrollings
Stand	Planmässige Umsetzung
Kommentar	Im Verlaufe des Berichtsjahres wurde ein Konzept zur Führungsorganisation in ausserordentlichen Lagen erstellt und im Rahmen einer Übung von der Regierung einer Prüfung unterzogen.
Weiteres Vorgehen	2005 sollte dieses Konzept verbindlich verabschiedet werden. Das Risikocontrolling wird im Rahmen des Controllingkonzeptes umzusetzen sein (s. oben).
Massnahme	Positionierung der Aufgaben der technischen Werke im Rahmen des Bevölkerungsschutzes (z. B. Wasserver- und -entsorgung, Energieversorgung)
Stand	Auf Kurs
Kommentar	Unter der Federführung des Amtes für Militär und Zivilschutz wird gegenwärtig ein kantonales Bevölkerungsschutzgesetz erarbeitet. Im Amt für Wasser, Energie und Luft (AWEL) werden parallel die vollzugstechnischen Erfordernisse des Bevölkerungsschutzes überprüft.



## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

Weiteres Vorgehen	Ausarbeitung der erforderlichen Rechtsänderungen
Massnahme	Aktualisierung der B- und C-Schutz-Konzepte
Stand	Im Entwurf fertig gestellt
Kommentar	–
Weiteres Vorgehen	Im Kontext des kantonalen Bevölkerungsschutzgesetzes wird eine Verordnung über den ABC-Schutz ausgearbeitet, welche die teilweise veralteten Konzepte über den A-Schutz (1988), den B-Schutz (1994) und den C-Schutz (1985) ersetzen soll.

## Staatspolitische Reformvorhaben

Strategisches Ziel	1. Zur Reform der föderalistischen Strukturen beitragen
Massnahmen	Stärkung der Agglomerationen, bundesweit und innerkantonal
Stand	Erste Schritte sind gemacht
Kommentar	Diese Massnahme wird u. a. durch die regionalen Verkehrskonzepte und die Mitwirkung in Agglomerations-Pilotprojekten (Modellvorhaben) verfolgt. Die Gesamtverantwortung liegt bei der Volkswirtschaftsdirektion. Die beiden folgenden Massnahmen dienen der Ziel- und Mittelkonkretisierung.
Weiteres Vorgehen	Abschluss der regionalen Verkehrskonzepte; Eingabe von Agglomerationsprogrammen an den Bund.
Strategisches Ziel	2. Die horizontale und die vertikale Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton, Regionen und Gemeinden im Interesse einer breit abgestützten, wirksamen Agglomerationspolitik aktiv fördern
Massnahme	Förderung des interkantonalen Lastenausgleichs
Stand	Z. T. erreicht
Kommentar	Zur Förderung des interkantonalen Lastenausgleichs ist eine Zusammenarbeit in insgesamt neun Bereichen zu realisieren. In den folgenden vier Bereichen ist bereits eine Zusammenarbeit vorhanden: Spitzenmedizin, Universitäten, Fachhochschulen und Institutionen zur Betreuung und Förderung Behinderter. Zur Kulturlastenvereinbarung s. weiter oben.
Weiteres Vorgehen	Die Ratifizierung der interkantonalen Rahmenvereinbarungen im Rahmen der NFA ist für 2005 geplant.
Massnahme	Bildung von verwaltungsinternen, direktions- und themenübergreifenden Arbeitsgruppen zur Formulierung und Umsetzung der Agglomerationspolitik
Stand	Vorarbeiten sind im Gang.
Kommentar	S. oben. Dem vom Bund bevorzugten Modell einer tripartiten Konferenz (Bund, beteiligte/r Kanton/e, beteiligte Gemeinden) steht der Kanton Zürich eher kritisch gegenüber und prüft mögliche Alternativen. Das von der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) erarbeitete Modell von Agglomerationsräten in den Kantonen ist für den Kanton Zürich kaum umsetzbar.
Weiteres Vorgehen	Die vorgeschlagenen und weitere mögliche Trägerschaftsmodelle zur Erarbeitung der Agglomerationsprogramme (NFA) werden geprüft.
Massnahme	Entwicklung einer breit gefächerten Agglomerationspolitik für den Wirtschaftsraum Zürich mit Schwerpunkten in den Städten Zürich und Winterthur sowie im Glatt- und im Limmattal
Stand	Konzepte im Bereich Verkehr sind in Ausarbeitung.
Kommentar	Die Verkehrskonzepte stellen einen ersten Schritt dar. Die Ausweitung der Themen ist im Rahmen der noch festzulegenden Trägerschaftsmodelle zu planen.
Weiteres Vorgehen	Abschluss der regionalen Gesamtverkehrskonzepte und Synthesebericht im 2005

## Legislatorschwerpunkte (Zwischenbericht)

Massnahme	Abstützung der Agglomerationspolitik durch Aufbau bzw. Ausbau geeigneter Organisationsformen für den Dialog und die Zusammenarbeit mit Bund, Nachbarkantonen und -regionen sowie regionalen und kommunalen Institutionen
Stand	Mitwirkung bei Einzelvorhaben
Kommentar	Auch diese Massnahme ist u. a. durch die regionalen Verkehrskonzepte und die Mitwirkung in Agglomerations-Pilotprojekten (Modellvorhaben) gewährleistet. Der Kanton wirkt zurzeit themenspezifisch bei verschiedenen kantonsübergreifenden Vorhaben mit (Bereiche Siedlung und Verkehr, Kultur und Freizeit). Konkrete Vorhaben und Modelle der Zusammenarbeit sind insbesondere «Schaffhausen Plus» (Kantone Schaffhausen, Thurgau und Zürich sowie Baden-Württemberg), «Agglo Obersee» (Kantone St. Gallen, Schwyz und Zürich) sowie «Plattform Aargau – Zürich» (PAZ).
Weiteres Vorgehen	Abwarten des Konzeptes Trägerschaftsmodell. Bis dahin weiterhin Mitwirkung bei Einzelvorhaben und in der TAK.
Massnahme	Prüfung neuer Trägerschaftsformen für den Bau, Betrieb und Unterhalt des Strassennetzes in Agglomerationsräumen
Stand	Wird im Rahmen der Neuausrichtung des Tiefbauamts 2010 geprüft.
Kommentar	Neue Trägerschafts- und Finanzierungsmodelle sind jedoch von der Umsetzung des NFA im Kanton Zürich sowie den Trägerschaften im Agglomerationsverkehr des Kantons Zürich abhängig.
Weiteres Vorgehen	Für weitere Aktivitäten sind die NFA-Bundesgesetzgebungen abzuwarten.
Massnahme	Förderung von Agglomerationsprogrammen und Modellvorhaben
Stand	–
Kommentar	Diese Massnahme ist durch die regionalen Verkehrskonzepte und die Mitwirkung in Agglomerations-Pilotprojekten (Modellvorhaben) gewährleistet.
Weiteres Vorgehen	–
Strategisches Ziel	3. Eine innovative und anpassungsfähige Verwaltung schaffen und konsolidieren
Massnahme	Konsolidierung e-Government
Stand	Auf Kurs
Kommentar	Im Berichtsjahr wurde ein neues Projektportfolio auf-, das Webangebot bzw. das Content Management System (CMS) ausgebaut sowie das Internet-Portal www.zh.ch überarbeitet.
Weiteres Vorgehen	Relaunch des Portals im ersten Quartal 2005
Massnahme	Standortkonzentration der kantonalen Verwaltung
Stand	Auf Kurs
Kommentar	Im Rahmen von SP 04 ist als Querschnittprojekt das Teilprojekt Hochbauamt gestartet worden, das die massgeblichen Strukturen und Abläufe zu überprüfen und Baustandards für die staatlichen Hochbauten auszuarbeiten hat. Es werden auch Kostenpotenziale im Bereich der Belegungsstandards geprüft. Die Planung der Standortkonzentration des Steueramts ist abgeschlossen und vom Regierungsrat genehmigt worden. Die Umzugsarbeiten sind in Vorbereitung.

Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Weiterentwicklung der Rechnungslegung
Stand	Auf Kurs
Kommentar	Das Projekt Neue Rechnungslegung (IPSAS) wurde im Verlaufe des Berichtsjahres in Angriff genommen.
Weiteres Vorgehen	Der grösste Teil der Umsetzung des Projektes IPSAS findet 2005 statt. Zu Beginn 2006 sollte das Projekt abgeschlossen sein.
Massnahme	Leistungsorientierte Entlohnung, Anreize schaffen für gezielte Weiterbildung
Stand	Z. T. erreicht
Kommentar	Bezüglich leistungsorientierte Entlohnung konnte noch nichts Wesentliches erreicht werden. Zwei von drei geplanten Programmen zur Führungsweiterbildung wurden eingeführt: «ProFit» und das erstmals durchgeführte Programm «BeneFit» haben grosse Resonanz gefunden.
Weiteres Vorgehen	Ein drittes Weiterbildungsprogramm OptimoFit ist in Planung.
Massnahme	Förderung des Milizengagements in der Politik, insbesondere Koordination der Behördenschulung
Stand	Laufend
Kommentar	Die Behördenschulung bzw. die Koordination derselben hat im Verlaufe des Berichtsjahres folgende Schwerpunkte umfasst: – Schulungen der Bundesvorgaben im Zivilstandswesen (Datenbank INFO-STAR; mit der Zusammenlegung der Zivilstandsämter ist deren Umsetzung im Kanton Zürich flächendeckend abgeschlossen) – Schulung zur Umsetzung des neuen Gesetzes über die politischen Rechte – Koordination von Angebot und Nachfrage für die Schulung von Mitgliedern von Milizbehörden zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten und Terminkollisionen.
Weiteres Vorgehen	–
Massnahme	Verankerung des Benchmarkings in der Verwaltung
Stand	Courant normal
Kommentar	Es sind verschiedene Projekte im Spital-, Bildungs- und Baubereich realisiert worden. Das zentrale Benchmarkingteam hat im Verlaufe des Berichtsjahres eine Reihe von Projekten erstmalig durchgeführt oder im Sinne eines Controllings wiederholt.
Weiteres Vorgehen	Im Sozialbereich wird geprüft werden, inwieweit im Zusammenhang mit der Umsetzung der NFA bei den Behinderteninstitutionen ein Benchmarking zur Anwendung gelangen soll. Die Erarbeitung von Standards und Kennzahlen soll für Hochbauten interkantonale Vergleiche ermöglichen. Im Tiefbauamt sollen die Massnahmen der ersten Erkenntnisse in den weiteren Ausbau des Benchmarkings einfließen. Die Erhebung der Energiekennzahlen läuft wie geplant weiter. Zusätzlich wird ein neuer CO <sub>2</sub> -Indikator eingeführt.